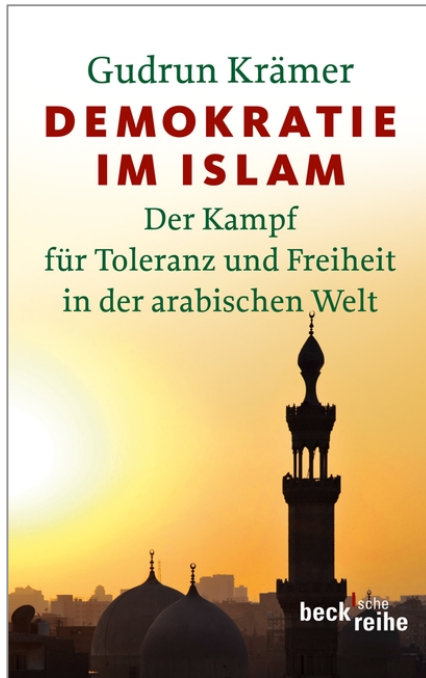


Unverkäufliche Leseprobe



Gudrun Krämer
Demokratie im Islam

Der Kampf für Toleranz und Freiheit in
der arabischen Welt

219 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-62126-0

Einleitung

Die arabische Welt ist in Bewegung, und niemand kann derzeit sagen, wohin die Bewegung führen wird – zu einer echten Transformation, die nicht nur, was für sich genommen ja schon viel ist, einzelne Diktatoren stürzt, sondern die eigenen Staaten und Gesellschaften umfassend demokratisiert? Zu einer Anpassung der Regime, die einzelne Forderungen der Demonstranten aufgreift, ohne ihre Strukturen grundlegend zu verändern? Beides ist möglich, und nichts spricht dafür, dass die Entwicklung im gesamten arabischen Raum und über diesen hinaus gleichförmig verlaufen wird. Der Funke des Aufbegehrens ist 2011 von Land zu Land überggesprungen. Was er vor Ort entfachte, hing und hängt von den lokalen Bedingungen ab, den gesellschaftlichen Strukturen und der Einbindung der einzelnen Staaten in das regionale und das globale Machtgefüge. Die Querverbindungen zwischen den arabischen Gesellschaften sind offenkundig, die Dominotheorie aber greift heute so wenig wie zur Zeit der Militärputsche, die nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung des Staates Israel in einer Reihe arabischer Staaten Regime neuen Typs an die Macht brachten, die alle autoritär herrschten, mit Blick auf die Rolle der Religion in Staat, Recht und Gesellschaft aber unterschiedliche Wege einschlugen, von erklärtermaßen säkular bis islamistisch.

So offen die Entwicklung in den einzelnen Ländern und der Region als Ganzer auch ist, drängen sich einige Beobachtungen doch auf: Die Menschen, die in Tunesien und Ägypten, Bahrain und Syrien, Algerien und Jemen den Protest getragen

haben und weiterhin tragen, sind mehrheitlich Muslime, ihre Forderungen aber haben nichts spezifisch Islamisches an sich. Sie fordern weder einen islamischen Staat noch die «Anwendung» der Scharia. Sie formulieren überhaupt keinen kulturell oder religiös begründeten Gegenentwurf zu bestehenden Modellen, auch keinen zu westlichen Konzepten. Sie wollen die Werte, Prinzipien und Institutionen verwirklicht sehen, die international als Kernbestand «guter Regierungsführung» gelten: Rechtsstaatlichkeit und eine Verfassung, Partizipation, Transparenz und den Kampf gegen Korruption in all ihren Erscheinungsformen. Auf den einfachsten Punkt gebracht, verlangen sie ein Leben in Sicherheit, Anstand und Würde. Hier handeln Bürger, die ihre Bürgerrechte einklagen. Vielleicht zeigt ja die Selbstverständlichkeit, mit der auf den Straßen von Tunis, Kairo oder Lattakia für Recht und Freiheit demonstriert wurde, den Abschluss der Dekolonisierungsprozesse an?

Natürlich wird sich eine demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung, wenn sie denn realisiert werden kann, lokalen Bedingungen und Erwartungen anpassen und in den einzelnen Staaten je eigene Formen annehmen. Nicht anders ist es in Europa, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien oder Neuseeland. Der Ruf nach kultureller Selbstbestimmung, nach Identität und Authentizität wird selbst im Fall einer gelungenen Transformation, ja Revolution nicht mit einem Schlag verstummen. Wie Selbstbestimmung und Authentizität inhaltlich gefüllt werden, darauf wird es ankommen. Jedem, der die arabische Protestbewegung über Wochen und Monate beobachtet hat, muss die nationalistische Sprache und Ikonographie ihrer Träger aufgefallen sein: die Fahnen, die Slogans, die Bilder, die Bekenntnisse zur Nation und zur nationalen Einheit. Der Nationalismus ist im Nahen Osten nicht

tot. Er scheint auch durch die islami(sti)schen Bewegungen hindurch, die, nimmt man das transnationale Netzwerk *al-Qa'ida* aus, von jeher enger mit nationalen Bestrebungen verquickt waren, als der Bezug auf den Islam «an sich» erkennen ließ, der ihre Rhetorik kennzeichnet.

In Ägypten und in Tunesien ruht die Demokratiebewegung auf einer breiten gesellschaftlichen Basis, die alle Schichten der städtischen Gesellschaft umschließt. In beiden Ländern sind und waren Frauen sichtbar an den Protesten beteiligt, in Ägypten neben Muslimen auch Christen. Die nationale Einheit, die hier im wahrsten Sinn des Wortes demonstriert wurde, hat Tradition: In Ägypten kam sie in verblüffend ähnlicher Weise in der sogenannten Nationalen Revolution von 1919 zum Tragen, die sich, kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs, gegen die britische Präsenz im Lande richtete und gleichfalls nicht mit religiösen, sondern mit nationalen Forderungen auftrat. Fast überall – der Jemen mit seinen ausgeprägten tribalen Strukturen bildet möglicherweise eine Ausnahme – fällt allerdings auf, dass die ländliche Bevölkerung kaum oder jedenfalls kaum sichtbar in das Geschehen eingebunden war und ist.

Die städtischen Protagonisten der Demokratiebewegung in Ägypten, Tunesien und Syrien treten weitgehend säkular auf, vertreten jedoch, soweit sich das in diesem frühen Stadium erkennen lässt, keine dezidiert säkularistische Linie. In Ägypten wurde im Zuge der Verfassungsrevision, die im März 2011 per Referendum angenommen wurde, Artikel 2 der Verfassung nicht aufgehoben, der den Islam zur Staatsreligion erklärt und die «Prinzipien der Scharia» zur «Hauptquelle» der Gesetzgebung. Den Vorsitz der Kommission führte mit Tariq al-Bishri ein in allen Lagern respektierter Jurist, der in den Jahren nach der arabischen Niederlage im Junikrieg von 1967 seine nationalistische Orientierung gegen eine moderat-islamistische

eingetauscht hatte und seitdem für beides einstand – den modernen Rechtsstaat und die Anwendung der Scharia. Der Islam wird in der arabischen Welt wohl auch weiterhin als Referenz dienen. Viel wird davon abhängen, wie er von den maßgeblichen Kreisen definiert wird. Dabei steht nicht die Reformfähigkeit des Islam zur Debatte, sondern der Reformwille gesellschaftlicher und politischer Eliten. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Dynamik der ersten Wochen und Monate aufrechtzuerhalten und auf zentralen Feldern über (konservative) Positionen hinauszugehen, die bislang unter Berufung auf Tradition und Religion legitimiert wurden – und dies nicht nur von Islamisten. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und von Muslimen und Nichtmuslimen steht ganz oben auf der Agenda.

Moderate islami(sti)sche Kräfte haben sich, wie nicht nur der genannte Jurist belegt, in Tunesien und Ägypten hinter die Demokratiebewegung gestellt, und sie können sich bei freien Wahlen beachtliche Chancen ausrechnen. Die *Nahda*-Partei in Tunesien und die Muslimbruderschaft in Ägypten propagieren seit Jahren eine rechtsstaatliche, republikanische Ordnung, wobei die Muslimbruderschaft stärker auf die Durchsetzung der Scharia abzielt, als dies *an-Nahda* tut. Was mit «Scharia» im Einzelnen gemeint ist, bleibt abzuwarten. Die Debatte um Form, Funktion und Inhalt der Scharia wird seit Jahren nicht nur in religiösen, sondern in weiten Kreisen einer politisch engagierten Öffentlichkeit geführt. Noch geht die Demokratiebewegung nicht mit einer reflektierten Traditionskritik einher, die manche unter den Schlagworten Reformation und Aufklärung erhoffen. Aber auch auf diesem Feld könnte eine Dynamik entstehen, die sich unter autoritären Vorzeichen nicht entfalten konnte, die der Meinungs- und Redefreiheit sehr enge Grenzen setzten.

Der Sieg der Demokratiebewegung ist zu diesem Zeitpunkt nicht ausgemacht. Viele Faktoren erschweren den Übergang zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung: die Fortdauer von Institutionen und Repräsentanten der alten Regime, die mangelnde Vorbereitungszeit freiheitlich-demokratischer, womöglich säkular ausgerichteter Kräfte auf Wahlen und nicht zuletzt die hohen Erwartungen breiter Bevölkerungskreise auf eine rasche Befriedigung ihrer – vorwiegend, aber nicht ausschließlich materiellen – Ansprüche und Interessen. Aber die Erfahrung, mit Mut und Beharrlichkeit autoritäre Führer zum Rückzug gezwungen zu haben, die ihre Macht über Jahrzehnte mit allen Mitteln verteidigt hatten, kann den Demonstranten niemand mehr nehmen: Das «Könnensbewusstsein», das ihnen als Arabern und Muslimen verschiedentlich abgesprochen worden ist, haben sie unter Beweis gestellt und zugleich den Nachweis erbracht, dass es nicht der Islam ist, der sie in ihrem Freiheitsstreben behinderte und weiterhin behindert, sondern repressive Regime und deren internationale Verbündete.

Berlin, 1. Mai 2011

Gudrun Krämer